

Ergebnisse der Plenartagung des Zentralkomitees März 2015

Inhaltsverzeichnis

Die EU – ein „Bündnis der Feinde und/oder Widersacher und Konkurrenten“	3
Kriegshandlungen in der Vorkriegszeit.....	6
Der Krieg mit den Mitteln der Spionage und der Charakter eines drohenden Weltkriegs.....	7
Die Erhöhung der Kriegstauglichkeit des deutschen Imperialismus.....	8
Fakten zur jüngsten Entwicklung des Notstands der Berliner Annexionsrepublik.....	8
Weißbuch 2016 - die Unterstellung anderer Armeen für den deutschen Krieg.....	9
Wen stellen die Automobilkonzerne ein und wozu?.....	14

Die EU – ein „Bündnis der Feinde und/oder Widersacher und Konkurrenten“

Völker Europas – erhebt euch! Was die Kommunistische Partei Griechenlands vor einigen Jahren als Losung auf der Akropolis in Athen entfaltete, ist kein frommer Wunsch und keine ferne Perspektive. Es ist Tagesaufgabe. Und würde sie auch nur in Teilen des Kontinents erfüllt, und vor allem: würde die KKE selbst die historische Chance wahrnehmen, in ihrem Land diese Losung zur Aktion zu machen – siehe unten – wir stünden ein großes Stück näher am Sozialismus.

Die Revolution der Arbeiter, begonnen mit der Kommune von Paris 1871 und zum bestimmenden Element der Geschichte geworden mit der großen russischen Oktoberrevolution von 1917 ist grausam und gründlich. Sie bestraft unbarmherzig die Völker für die Fehler der Revolutionäre. Die Niederlage der Kommunisten und der Arbeiter gegen den modernen Revisionismus hat der Welt ungeheure Verwüstungen und die Fortdauer des Kriegs als den Normalzustand des Kapitalismus in seinem letzten Stadium beschert.

Die Revolution ist gründlich. Wo sie nicht siegt, gibt sie der Konterrevolution den Raum für die Vernichtung auch noch der letzten Illusionen der Völker, daß ein Leben ohne den Sieg der proletarischen Revolution überhaupt weiter möglich sei.

Solches geschieht gerade in Europa. Schlag uns lange Zeit aus den Massen entgegen, das „gemeinsame Haus Europa“ sei doch Schutzschild gegen den Krieg und der Beweis, daß ein

friedlicher Kapitalismus selbst im Stadium des Imperialismus möglich sei, so fliegt eben gerade dieses „Haus Europa“ für alle sichtbar in die Luft. Damit fliegt in die Luft die Hoffnung der Völker, Nationalstaat, Nationalismus und die Kriege zwischen den großen Nationalstaaten könnten aus dem Leben verbannt werden ohne daß die Arbeiter oder mehrere revolutionäre Klassen unter Führung der Arbeiter ihren eigenen Staat errichten.

Schon die verzweifelte Aufmüpfigkeit einer griechischen Bourgeoisie, die mittels einer sozialdemokratisch-kleinbürgerlichen Bewegung¹ versucht, der letzten Ausplünderung zu entgehen und wenigstens eine Stundung der Schulden zu erreichen läßt die Widersprüche innerhalb der EU blank zutage treten und enthüllt, wie Bourgeoisie gegen Bourgeoisie um das Überleben kämpft. Regierungen wie die Syriza-Regierung in Athen sind Produkt einer spontanen Volksbewegung um das blanke Überleben des Volks. Aber ohne die Führung der Avantgarde der revolutionären Klasse bleiben diese Bewegungen im Rahmen der Ausbeuterordnung und damit Teil des Überlebenskampfes der kleineren Bourgeoisien, auch der kleineren Monopolbourgeoisien.

Selbstverständlich richtet sich dieser Überlebenskampf gegen die deutsche Monopolbourgeoisie, das deutsche Finanzkapital. Er richtet sich gegen die finanzielle Ausplünderung, gegen die Vernichtung der nationalen Industrien, gegen das deutsche Diktat in der EU. Daran ist per se nichts Fortschrittliches. Daß eine Bourgeoisie, ehe sie untergeht, an das ein revoltierendes Volk appelliert, sie zu retten – was ist daran neu? Wo die Arbeiterbewegung dem Volk nicht hilft, daß möglichst große Teile eine von der Bourgeoisie unabhängige Stellung einzunehmen, ist dieses verloren; ist es bedroht von *reaktionären* Versuchen dieser Bourgeoisien, sich zu retten, nämlich von faschistischer Diktatur oder, in anderen Ländern, einer Militärdiktatur, wie sie in Griechenland schon einmal bestand und keineswegs aus der Welt ist.

Natürlich versucht eine griechische Regierung wie die derzeit bestehende, Bündnispartner gegen ihre Erdrosselung durch die deutschen Monopole und ihren Staat zusammenzubringen. Und ebenso natürlich schwanken Bourgeoisien wie die portugiesische, die spanische, aber auch die italienische – ihr eigenes Schicksal sehend - zwischen einer Unterstützung einer Position der einseitigen Streichung der würgenden Schulden und der immer wieder verlangten Unterwerfung unter das deutsche Diktat.

Oft haben wir Genossen Lenin zitiert, dem zufolge die Vereinigten Staaten von Europa unter dem Imperialismus entweder unmöglich oder reaktionär seien. Gerade wird uns die Wahrheit dieser Feststellung vorexerziert.

Völker Europas – erhebt euch! Welches Signal dafür hätte von den Kommunisten Griechenlands ausgehen können! Diese Partei aber handelt, als habe es eine französische Volksfront von 1936 nie gegeben bzw. sei ihr deren Existenz nicht bekannt. Sie handelt, als gebe es nicht Lenins Artikel „Die drohende Katastrophe...“, in dem er für das Rußland des Frühjahrs und Sommers 1917 Maßnahmen vorschlägt, die noch keinen Sturz des Kapitalismus bedeuten, aber nahe an diesen Sturz heranzuführen, weil eben diese Maßnahmen (darunter Kapitalverkehrskontrollen, Kontrolle der Arbeiter über die Produktion, den Außenhandel, die Banken etc.) nur vom Volk unter Führung der Arbeiterklasse durchzuführen und zu kontrollieren sind.

Andere kommunistische oder sich kommunistisch bezeichnende Parteien denken nicht anders. Die KP Griechenlands aber hätte die große Chance gehabt, eine Volksfrontpolitik wie die genannte zum tagtäglichen *praktischen* Herankommen an die proletarische Revolution zu nutzen, statt von dieser immer nur zu schwätzen als dem gelobten Land, dessen Propagierung

¹ Syriza ist nach wie vor mehr eine Bewegung denn eine Partei. Sie ähnelt damit stark ähnlichen Bewegungen etwa in Spanien („Podemos“).

jede praktische Taktik, jeden Kampf um die Souveränität des Volks gegen die Bourgeoisie, jede organisierende Tätigkeit unter den *Millionen* für den Sturz dieser Bourgeoisie hinfällig macht. Das aber heißt, die Revolution auf den Sankt-Nimmerleins-Tag schieben!

„Die politische Macht kann nur erobert werden, wenn die Mehrheit der Arbeiterklasse für die Grundsätze und Ziele des Kommunismus gewonnen ist.“ (Programm des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD, S. 16) Das gilt auch, wenn die politische Macht durch die Diktatur mehrerer Klassen erobert werden muß. Notwendig dazu ist, daß der Kommunismus in der Arbeiterklasse die Oberhand gewinnt über den Sozialdemokratismus. Können die griechischen Kommunisten das wirklich von sich und der griechischen Arbeiterklasse sagen? Natürlich nicht – sonst hätte nicht eine sozialdemokratisch-kleinbürgerliche Bewegung die Parlamentswahlen haushoch gewonnen! Natürlich nicht – sonst wäre die KP Griechenlands nicht so blitzsauber allein in ihrer Demonstration vor dem Parlament gestanden! Der Sozialdemokratismus aber wird nicht durch Erklärungen kommunistischer Zentralkomitees, sondern durch die praktischen Erfahrungen der Massen besiegt. Selbstverständlich hätte die KP Griechenlands das Koalitionsangebot der sozialdemokratisch-kleinbürgerlichen Syriza annehmen müssen. Sie selbst hatte vor den Parlamentswahlen ein Sofortprogramm im Parlament eingebracht, dem Syriza damals zugestimmt hatte. Statt dieses Programm nun nach den Wahlen Syriza als Regierungshandeln abzuverlangen, hat sich die KKE wieder auf die Position zurückgezogen: Sozialismus oder gar nichts. (Darauf läuft es letzten Endes hinaus.) Das ist zutiefst revisionistisch. Egal ob mit linken Phrasen oder aus rechter Ängstlichkeit und Opportunismus heraus – den nächsten möglichen Schritt *zur Revolution* nicht zu tun und damit wirkliche Reformen als Abfallprodukt der Revolution zu verhindern ist und bleibt ein Kennzeichen des Revisionismus. Darauf hat gerade Genosse Maurice Thorez in seinen großen Reden zur französischen Volksfront wieder und wieder hingewiesen.²

Ein Volksprogramm wie das in groben Zügen von Genossen Lenin vorgeschlagene oder das von der französischen Volksfront praktizierte muß das Proletariat den Sozialdemokraten wie der Bourgeoisie jeden Tag, in den Betrieben, auf dem Land, in den Stadtvierteln aus den Rippen prügeln. Dies in Griechenland getan – hätte es nicht den Völkern Europas einen tatsächlichen Weg gewiesen, sich zu erheben? Hätte es nicht ein Signal gegeben, die bürgerliche Demokratie bis zum Punkt zu treiben, wo sie in die sozialistische Demokratie der Arbeiterdiktatur umschlagen *kann*? Hätte dies nicht den spontanen Volksbewegungen in verschiedenen europäischen Ländern ein praktisches Aktionsprogramm ebenso präsentiert wie einen Fokus der internationalistischen Solidarität mit einem Volk, das unter einem solchen Programm kämpft? Hätte es nicht den Monopolbourgeoisien Europas es ungeheuer erschwert, mittels des Nationalismus ihre Völker kriegstauglich zu machen? Hätte es nicht ein Beispiel gegeben, wie ein kleines Land den rollstuhlfahrenden Zuchtmeister Europas in die Schranken weisen kann? Wenn, ja wenn nur in diesem Land das Volk das Sagen haben will und die Arbeiter und ihre Partei ihm vorangehen. Und wäre es nicht ein großer Schlag gewesen, die Arbeiter vom Sozialdemokratismus und innerhalb Syrizas die viele Spreu vom wenigen Weizen zu trennen?

Es ist nicht getan worden. Das erleichtert den Bourgeoisien, sich im Kampf um das Überleben gegenseitig bis an den Krieg an die Gurgel zu gehen und die Völker hinter sich her in dieses Gemetzel ihre Überlebenskampfs zu schleifen. Zu sehen ist das bereits in Spanien, wo seit dem Einknicken der Syriza-Regierung gegenüber dem europäischen und insbesondere deutschen Finanzkapital die spontane Volksbewegung „Podemos“ wieder an Boden verliert und dem gegenüber eine ebenfalls „deutschenkritische“, aber wesentlich näher an der spanischen Großbourgeoisie stehende Bewegung gewinnt („Ciudadanos“), die wiederum offen über eine klassische bürgerlich-parlamentarische Koalition entweder mit den

² Insbesondere auf den Parteitag 1936 in Villeurbanne und 1937 in Arles, beide Reden nachzulesen in: Maurice Thorez, Ausgewählte Reden und Schriften 1933-1960. Berlin (DDR) 1962

Sozialdemokraten oder mit den Konservativen spekuliert. Wo die Kommunisten es nicht verstehen oder es gar ablehnen, in solchen Kämpfen das Volk zu Taten zu führen, die von anderen Völkern bewundert und glühend unterstützt werden können, reißt die Reaktion die Masse des Volkes wieder hinter sich ein. So im Baltikum, wo eine kleinkrämerisch-marodierende Bourgeoisie das Volk aufhetzt: Ihr habt doch viel größere Opfer bringen müssen – warum sollten wir „den Griechen“ entgegenkommen. Da werden Völker, die nicht als Nationalvölker, sondern als Sowjetbürger lebten und sich definierten, mit völkisch-nationalistisch-faschistischen Positionen hinter eine Bourgeoisie zusammengeschlossen, die nur noch eine Chance hat, wenn der große Raub und der große Krieg der großen Herren genug Brocken für sie abwirft. Das bringt diese Bourgeoisien wie ihre Länder automatisch an die Seite des größten Räubers, des deutschen. Und das erleichtert auf der anderen Seite in Rußland den reaktionären großrussischen Nationalismus, gegen den Lenin und Stalin so erbittert und kompromißlos gekämpft haben, als sie das große Werk der Schaffung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken angingen und vollendeten.

Die kommunistische Partei Griechenlands mag stolz ihre Weste präsentieren. Nur weiß ist sie nicht. Das Versagen der griechischen Partei bzw. ihrer Führung hat objektiv, von den bereits jetzt zu beobachteten Auswirkungen her den Krieg wieder in Stück näher gebracht in Europa!

Was hätte auch die deutsche Arbeiterklasse von einem offensiven Kampf der griechischen Kommunisten lernen können! Nämlich daß in der Tat Arbeiter und Volk die Geschichte machen, indem sie ein Tagesaktionsprogramm gegen die Krise und gegen den internen Vernichtungskampf der Bourgeoisien und ihren Krieg aufstellen und durchkämpfen. Daß man keineswegs hilflos in Ökonomie und Politik der herrschenden Klasse ausgeliefert ist, selbst wenn die Arbeiter noch nicht unmittelbar daran gehen können, ihre Herrschaft zu errichten. Jeden Arbeiter, jeden Werktätigen in diesem Land hätte es vor die Frage gestellt: Gehst du mit dem griechischen Volk – oder gehst du mit deinen Herren den Weg des Erwürgens Griechenlands, wie ihn der deutsche Faschismus nach 1941 schon einmal gegangen ist?

Wir Kommunisten müssen den Arbeitern dies erläutern. Nicht, um die griechischen Kommunisten zu desavouieren (die es uns aber wirklich hätten leichter machen können). Sondern um praktisch zu demonstrieren, daß Aufstehn möglich ist und die Revolte gegen die Unmöglichkeit, im Kapitalismus weiterzuleben ein Programm haben kann, das an die Revolution heranführt.

Kriegshandlungen in der Vorkriegszeit

Die Aufrüstung schreitet voran, nicht nur in den imperialistischen Hauptländern (siehe den Artikel zur Kriegstauglichkeit des deutschen Imperialismus in diesen „Ergebnissen der Plenartagung“). Sie schreitet voran auch in den ehemals sozialistischen Ländern, in der Ukraine, in Estland, Lettland und Litauen, in den ehemaligen südlichen Republiken der Sowjetunion. Manöver reiht sich an Manöver, und diese Manöver nehmen immer provokativere Formen gegen Rußland an. Wenn etwa am 24.2. NATO-Soldaten an den Feiern zum „estnischen Unabhängigkeitstag“ teilnehmen und wenige Meter vor den russischen Grenzposten paradiert. NATO-Manöver finden im Schwarzen Meer statt, angekündigt werden Manöver im sogenannten Baltikum, in Polen (unter führender Beteiligung der Bundeswehr). Die Räuberbourgeois dieser Länder werden mit immer mehr Waffen ausgestattet, um Hilfstruppen für den großen Krieg der Imperialisten zu schaffen. So erklärte die deutsche Kriegsministerin die Bereitschaft des deutschen Imperialismus, Panzerhaubitzen

nach Litauen zu liefern (spiegel online, 27.2.15). Wobei wir mit Sicherheit über uns zugängliche Quellen nur einen Bruchteil dessen erfahren, was tatsächlich geschieht und getan wird – die Arbeiterparteien oder sich kommunistisch nennenden Parteien in Europa aber nehmen all dies nicht zur Kenntnis und helfen den Völkern in nichts, die Nähe des Weltkriegs zu erklären.

Die „Bündnisse“ der Imperialisten werden mehr und mehr zum Kampfboden dieser Imperialisten untereinander. Die NATO, nach dem Wort ihres ersten Generalsekretärs Lord Ismay geschaffen, um „die Amerikaner drinnen, die Russen draußen und die Deutschen unten zu halten“ hat lange Zeit im Leben der Bourgeoisie eine untergeordnete Bedeutung gespielt. Jetzt wird sie vom US-Imperialismus als *sein* Instrument der Aggression und der Kriegführung wieder ausgebaut, nachdem sie auf der anderen Seite vom deutschen Imperialismus in der Vergangenheit benutzt wurde, selbst wieder kriegstauglich zu werden. Auf der anderen Seite die EU, die vom deutschen Imperialismus im Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien 1999 vom politischen zum Militärbündnis umgebaut wurde und ihm heute dazu dient, sich die Armeen anderer Länder unterzuordnen. Ihm aber auch dient zu Kuhhändeln wie dem, Frankreich bei der Stange zu halten: keinen Fußbreit den Völkern, die gegen das deutsche Diktat aufbegehren. Ohne die Zustimmung des deutschen Imperialismus hätte der französische niemals eine weitere sanktionslose „Gnadenfrist“ wegen der ständigen Verstöße seines Staatshaushalts gegen den Maastrichter Vertrag bekommen. Das ist die Belohnung dafür, daß Frankreichs Regierung beim Schüren der Kriegshandlungen in der Ukraine zusammen mit der polnischen „in Treue fest“ zu Berlin steht.

So werden Kriege gemacht, und so wird Pulverfaß auf Pulverfaß gehäuft.

Der Krieg mit den Mitteln der Spionage und der Charakter eines drohenden Weltkriegs

Jeder weiß alles vom anderen. Die Techniken der Telekommunikation, des Mobilfunks, des Internets, im Kapitalismus alles Mittel zur Zersplitterung und Individualisierung unserer Klasse und des Volks, sorgen dafür. Wo es keine Geheimnisse und keine Überraschungen über den Stand der Wehrtechnik und der Kriegsbereitschaft gibt, herrscht Waffengleichheit. Sie wird den kommenden Krieg verlängern. Überhaupt muß man falschen Vorstellungen in den Massen entgegentreten, was die Erscheinungsformen eines dritten Weltkriegs angeht. Aus den derzeitigen Kriegshandlungen (Ukraine, Georgien etc.) läßt sich bereits ersehen, daß ein dritter Weltkrieg, so die Völker ihn nicht aufhalten, ein langdauernder, ein wesentlich länger dauernder als etwa der erste oder zweite imperialistische Weltkrieg sein wird. Die Ukraine etwa zeigt im Kleinen, wie sich nach der Zerstörung des Sozialismus auf einem Drittel der Erde in den kommenden Kriegen der Krieg nach außen mit Bürgerkriegen im Innern „mischt“ bzw. in den Bürgerkrieg umschlägt. Daß also der Sieg des einen oder anderen Imperialismus über Staatsapparat und Armee des anderen keineswegs das Ende der Kriegshandlungen z.B. im Sinne eines Annexionsfriedens bedeutet, sondern die Kriegshandlungen sich fortsetzen im Krieg gegen Volksrevolten und ständige wieder aufflammende Aufstände. Daß also ein dritter Weltkrieg starke Züge dessen aufweisen wird, was der britische Autor Robert Harris in seinem Roman „Vaterland“ beschreibt: ein imperialistisches Deutschland, das den Weltkrieg eben noch nicht gewonnen hat, sondern im Osten einen ständigen Krieg gegen sich auflehrende Völker zu führen hat und deswegen die faschistische Diktatur im Innern um so dringender aufrechterhalten muß.

Die Erhöhung der Kriegstauglichkeit des deutschen Imperialismus

Daß der deutsche Imperialismus über weit mehr Waffen verfügt als er in seinen Büchern stehen hat, pfeifen inzwischen die Spatzen von den Dächern. (So kommandiert er allein über die 1. Panzerdivision in Hannover über 200 „polnische“ Leopard-Panzer.) Auch im Inland stellt er Hunderte Panzer wieder in Dienst. Das „Sicherheitsumfeld“ habe sich seit „dem Krisenjahr 2014 deutlich verändert“, erklärte von der Leyen der hauseigenen Redaktion der Zeitschrift *Bundeswehr* am 27.2. Was Frau Kriegsministerin damit meint: Krieg und Bürgerkrieg in ehemals sozialistischen Ländern stellen nicht nur die Frage nach dem technologisch hochgerüsteten „Überraschungsangriff“. Sie stellen die Frage nach Besatzung, Okkupation und Niederhaltung der Völker. Wozu man natürlich nicht ein paar Hundert, sondern letzten Endes wieder Tausende von Panzern brauchen wird.

Damit wird es nicht zu Ende sein. Der Forschungsdirektor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik gibt im Handelsblatt vom 5.2.15 vor: *„Neben der Geldfrage geht es auch um unsere Fähigkeiten, die Außenpolitik in der Praxis umzusetzen. Dies gilt für das Auswärtige Amt ebenso wie für politische Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen, aber auch für die deutschen Streitkräfte als Sachwalter der Ultima Ratio deutscher Außenpolitik. Die Reformdebatte zur Bundeswehr ist steckengeblieben. Welche Transportkapazitäten brauchen die Streitkräfte? Stehen ausreichend gepanzerte Fahrzeuge zur Verfügung? Und auch: Welche Verteidigungsfähigkeiten sind nötig?“* Während die Regierung aus dem „Gesundheitsfonds“ an die 11 Milliarden entnimmt³, wird nun auch die offizielle Erhöhung des Kriegsetats angekündigt. Wobei die Kluft zwischen dem, was das Volk über die Rüstung erfährt und dem, wieviel tatsächlich gerüstet wird, immer größer wird. Zu Zeiten, da 70% des Werts eines Kriegsschiffes nicht in Form von Stahl und Eisen, sondern in Form hochgerüsteter Elektronik vorliegt, wird es immer schwerer nachzuweisen, welcher Teil der von den Arbeitern geschaffenen Werte in Form von Vernichtungsmitteln vorliegt. Auf jeden Fall: kein Kampfflugzeug der Luftwaffe, kein Schiff der Kriegsmarine, kein Panzer des Heeres, die nicht vollgepropft wären mit Elektronik von Siemens. Wer glaubt wirklich, im 21. Jahrhundert sei das Fortbewegungsmittel der Zukunft das führerlos fahrende Blechkästchen? Jeder Cent, der von den Automobilkonzernen in die Entwicklung dieser Absurdität (vom Standpunkt der Menschheitsentwicklung betrachtet) investiert wird, ist in Wirklichkeit Kriegsforschung und Kriegsproduktion: ferngelenkte Vernichtungswaffen, ferngelenkte Aufklärung zur längeren Halt- und Verwendbarkeit des menschlichen Kanonenfutters – darum geht es. Dafür werden z.B. bei BMW gerade Tausende Ingenieure und Entwickler eingestellt, und nichts davon taucht bislang im Kriegsetat des deutschen Imperialismus auf.

Fakten zur jüngsten Entwicklung des Notstands der Berliner Annexionsrepublik

³ Handelsblatt, 23.12.2014. Weiter: *„Zudem werden dem Gesundheitsfonds auch dieses Jahr wieder Mittel zur Konsolidierung des Bundeshaushalts entzogen, so daß seine Finanzbasis schwächer werden wird.“* (FAZ, 26.2.15) Zur Plünderung der Sozialkassen zu Kriegszwecken haben wir noch einiges zu recherchieren.

Weißbuch 2016 - die Unterstellung anderer Armeen für den deutschen Krieg

Das Weißbuch der Bundeswehr 2006 zielte hauptsächlich auf das eigene Volk und das der annektierten DDR, auf den Krieg im Inneren also. Dieser Beschluss der gesamten Bundesregierung war gerichtet auf die Verzahnung der zum grossen Teil verfassungs- und völkerrechtswidrig errichteten Staatsapparate wie einer Bundepolizei, Geheimpolizei, Heimatschutz mit dem Militär und, wo möglich, auf die Zentralisierung des gesamten Staatsapparats unter die Befehlsgewalt der Nachfolger der Wehrmacht und ihrer entsprechenden Um-Organisierung. Es war das Weißbuch für den Krieg im Inneren, zur Niederhaltung des Volks für den dritten Weltkrieg. Zugleich hat der deutsche Imperialismus Gebiete abgesteckt für den deutschen Krieg und alle möglichen Kriegsgründe aufgezählt von der Rohstoffsicherung über die militärische Absicherung von Handelswegen bis zum Waffengang gegen Pandemien (z.B. eine Vogelgrippe).

Die deutsche Kriegsministerin kündigte zu Beginn dieses Jahres an, bis 2016 ein neues Weißbuch herauszubringen. Das alte sei veraltet, ein neues müsse her. Recht hat sie. Die Ungleichzeitigkeit der Entwicklung des Imperialismus und seiner Hauptkonkurrenten USA und BRD, insbesondere aber der vorübergehende Sieg der marodierenden, kriegstreibenden Bourgeoisie in den ehemals sozialistischen Ländern hat den Kampf um die Neuaufteilung der Welt auf die Tagesordnung gesetzt. Wie immer zum Führen von Weltkriegen braucht der deutsche Imperialismus Allianzen mit anderen Staaten. Noch mehr aber braucht er die wirtschaftlichen, staatlichen, militärischen Ressourcen anderer Länder, die er sich schon in Vorkriegszeiten unterstellt. Je zügiger die Monopolbourgeoisie den Kampf um die Weltherrschaft im nächsten Weltkrieg organisiert, desto mehr muss sich die Bundeswehr Armeen bzw. Armeeteile schwächerer „Nachbarn“ unterstellen. Nicht mehr als Planung auf dem Papier, sondern real im tagtäglichen Kampf zur Erweiterung der deutschen Herrschaft in Europa. Dafür wird das neue Weißbuch als Regierungsrichtlinie 2016 erstellt. Hinzu kommen Bereiche wie die weitere Aufrüstung der Bundeswehr, die weitere Verzahnung der Staatsapparate im In- und Ausland etc.

Das Kriegsministerium teilt mit, dass „die Öffentlichkeit“ stärker in die Herstellung des Weißbuch 2016 eingebunden werden soll und hat vier Arbeitsgruppen installiert, die dem Kriegsministerium Vorschläge unterbreiten soll.

Die Arbeitsgruppen tragen die Titel:

Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Partnerschaft und Bündnisse

Nationaler Handlungsrahmen

Arbeitsgruppe Bundeswehr

Wer sind die 20 Personen in den Arbeitsgruppen, die „die Öffentlichkeit“ repräsentieren?

Zum Beispiel: Generalleutnant Heinrich Brauß, früher Chef der deutschen Okkupationstruppen in Bosnien-Herzegowina, heute beigeordneter Generalsekretär der Nato.

Generalmajor Wiermann, Kommandeur des Kommando Territoriale Aufgaben der Bundeswehr. Daneben sind vertreten indirekt die Robert Bosch Stiftung; der Chef des Reservistenverbands Roderich Kiese Wetter, von 1991-1993 in der annektierten DDR als Offizier der Bundeswehr für deren „Aufbau Ost“ unterwegs; Ruprecht Polenz, CDU, ZDF-Fernsehrat, Vorsitzender THW-Helferrat Münster; ein Vertreter des deutschen Aussenministeriums; ein Vertreter der Regierungsorganisation GIZ, die in über 130 Ländern den Boden für den deutschen Imperialismus bereitet, u.a. am Bau des „Rechtssystems“ in der

Ukraine die deutsche Handschrift hinterliess; und weitere direkte oder indirekte Vertreter des deutschen Staatsapparats. Zur Garnierung und Täuschung der Öffentlichkeit auch ein Herr Naumann, Mitherausgeber der „Blätter für deutsche und internationale Politik“.

Viel interessanter sind die AG-Mitglieder anderer Länder, nämlich:

- Janusz Reiter, von 1990 bis 1995 Botschafter Polens in der BRD (wahrscheinlich für die weitere Unterstellung polnischer Brigaden und der polnischen Armee unter den Befehl des deutschen Militärs in der Arbeitsgruppe)
- General Tom Middendorp, Befehlshaber der Niederländischen Streitkräfte, die ihre Heeresteile schon dem deutschen Befehlshaber unterstellt haben
- Maurice Gourdault-Montagne, von 2011 bis 2014 Botschafter Frankreichs in der BRD. Auch gegen Frankreich tobt der Kampf des deutschen Imperialismus zur Unterstellung von Teilen ihrer Armee unter die deutsche Knute, was unter dem Deckmantel einer „Europaarmee“ zur Stunde vorangebracht werden soll.

Die Unterstellung von Armeen anderer Länder, das wird einer der Hauptinhalte des neuen Weißbuch, denn es ist zur Stunde eine der Hauptfronten des deutschen Imperialismus, die er zur Kriegsführung unabdingbar aufbauen muss. Die Form dieser Unterstellung ist mehrseitig. Bekannt ist die Unterstellung von polnischen Panzerbrigaden unter deutsche Befehl. Die internationalen Kräfteverhältnisse führen aber auch dazu, dass deutsche Brigaden einem polnischen General unterstellt werden, was gerade beschlossen wurde und bis 2016 in Kraft sein soll. Damit schafft die Bundeswehr sich zugleich ihre Vasallen, die sie für ihren Krieg einsetzen kann. Denn der Ausbau Polens als deutsches Aufmarschgebiet muss ja nicht automatisch mit Krieg erfolgen wie 1939. Das kann die BRD – sollten es die internationalen Kräfteverhältnisse zulassen - auch über eine „friedliche“ Okkupation organisieren, und dazu sind polnische Offiziere, die Bundeswehr-Einheiten befehligen, brauchbare Vasallen, die der Staat der BRD gerade sich in Polen auf allen Staatsebenen organisiert.

Das macht es den Völkern nicht leichter, die deutsche Kriegspolitik zu durchschauen und den Kampf gegen sie zu organisieren. Das macht noch notwendiger den Zug „Klassenkampf statt Weltkrieg“, den proletarischen Internationalismus für den gemeinsamen Befreiungskampf.

2013 hat die Robert Bosch Stiftung eine langfristige Zusammenarbeit mit dem renommierten amerikanischen Think-Tank The Brookings Institution begonnen. Die einflussreiche, unabhängige Denkfabrik in Washington D.C. erstellt politische Analysen und Gutachten für Entscheidungsträger in der amerikanischen Politik. Ein neuer Deutschlandschwerpunkt an der Brookings Institution soll in den USA zu einem größeren Verständnis für Politik und Gesellschaft Deutschlands beitragen

Als ersten Schritt haben die Partner 2013 die Einrichtung eines Robert Bosch Senior Fellowship an der Brookings Institution beschlossen. Der Robert Bosch Senior Fellow wird sich mit Deutschlands Rolle innerhalb Europas und dessen Einfluss auf die europäische Politik und Wirtschaft beschäftigen. Durch Publikationen und auf Veranstaltungen soll er amerikanischen Entscheidungsträgern und Öffentlichkeit innenpolitische, wirtschaftliche und soziale Entwicklungen in Deutschland und Europa sowie deutsche Perspektiven auf das deutsch-amerikanische Verhältnis näher bringen – eine dringende Aufgabe, wie die aktuellen Debatten über das transatlantische Verhältnis belegen.

Der **German Marshall Fund of the United States** (GMF) ist eine unabhängige US-amerikanische Stiftung, die sich der Förderung der transatlantischen Beziehungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft widmet. Die Stiftung wurde 1972 aufgrund einer Schenkung durch die Bundesrepublik Deutschland als Dank an die Bevölkerung der USA und als beständige Erinnerung an das unter dem Namen Marshallplan in die Geschichte eingegangenen *European Recovery Program* (1947) zum Wiederaufbau Europas nach Ende des Zweiten Weltkriegs errichtet. Der internationalen Bedeutung, die dem GMF auf beiden Seiten des Atlantik inzwischen zukommt, entsprechen die sieben europäischen Büros in Berlin, Bratislava, Paris, Brüssel, Belgrad, Ankara, und Bukarest, die von der Stiftung neben dem Hauptquartier des GMF in Washington, D.C., USA, unterhalten werden. Den Vorsitz teilen sich Guido Goldman und Marc Leland.

Ziel der Stiftung ist, die Verständigung zwischen Europäern und US-Amerikanern zu vertiefen, die Zusammenarbeit zu unterstützen und den Austausch von praktischen Erfahrungen zu fördern.

Ruprecht Polenz

Vorsitzender des ZDF – Fernsehrats, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO), Präsident der Deutschen Atlantischen Gesellschaft e.V. (1997 - 2006), Vorsitzender der Christlich-Muslimischen Friedensinitiative (2006-2012), Beirat der "Atlantischen Initiative", Beirat European Council on Foreign Relations, Kuratorium Grünhelme e.V., Kuratorium der Westfälischen Herzstiftung, Aktion Münsterland, Beirat des USC Münster, Beirat der europäischen Juravereinigung ELSA Münster, Vorsitzender THW-Helfervereinigung Münster.

Roderich Kiesewetter

Nach dem Abitur 1982 am Hariolf-Gymnasium in Ellwangen an der Jagst absolvierte Kiesewetter die Offiziersausbildung der Bundeswehr in der Artillerietruppe und studierte Wirtschafts- und Organisationswissenschaften an der Universität der Bundeswehr München und Economics an der University of Texas in Austin, Texas mit dem Abschluss Diplom-Kaufmann (1986).

Anfang 1991 wurde er Batteriechef in Sondershausen/Thüringen und nahm damit für über zwei Jahre am „Aufbau Ost“ im Rahmen der „Armee der Einheit“ teil. 1993 wurde er Adjutant des Befehlshabers im Wehrbereichskommando III in Düsseldorf, Generalmajor Götz Gliemeroth. Von 1995 bis 1997 erhielt er seine Generalstabsausbildung an der Führungsakademie der Bundeswehr (FüAkBw) in Hamburg und war in seiner ersten Generalstabsverwendung im Bundesministerium der Verteidigung (BMVg), anschließend im Auslandseinsatz auf dem Balkan (SFOR) eingesetzt. Daran schlossen sich Verwendungen als Referent beim Europäischen Rat und beim NATO-Hauptquartier in Brüssel und Mons an. Von 2002^[1] bis 2004^[2] führte er als Oberstleutnant und Kommandeur das Raketenartillerielehrbataillon 52 in Hermeskeil. Anschließend war er von 2004 bis 2006 als G3 bei der 7. Panzerdivision in Düsseldorf und als Grundsatzreferent im Führungsstab des Heeres (Fü H) in Bonn eingesetzt.

Im Oktober 2006 wurde er zum Oberst befördert und war Büroleiter der Stabschefs General Rainer Schuwirth und anschließend von General Karl-Heinz Lather im NATO-Hauptquartier Europa (SHAPE) in Mons, Belgien. Im April 2009 wurde er in das Kommando Operative Führung Eingreifkräfte (KdoOpFüEingrKr) nach Ulm versetzt. Seit der konstituierenden Sitzung des 17. Deutschen Bundestages am 27. Oktober 2009 ist er Oberst a.D.

Johannes Varwick

Johannes Varwick studierte Politikwissenschaft, Rechtswissenschaft und Wirtschaftspolitik in Münster und Leeds. Er forscht zu den Themenbereichen internationale Organisationen (insbesondere Vereinte Nationen, NATO und EU), internationale Sicherheit und deutsche und europäische Außenpolitik. Sein besonderes Engagement gilt der Politikberatung und der Politischen Bildungsarbeit.

Seit 2009 ist er Mitglied im VN-politischen Beirat des Auswärtigen Amts. Seit 2007/2008 ist er Mitherausgeber der Fachzeitschrift *Politische Bildung*.^[1] Von 1995 bis 1998 absolvierte er ein Promotionsstudium am Institut für Politikwissenschaft der Westfälischen-Wilhelms-Universität Münster. In den folgenden Jahren arbeitete er am Wissenschaftszentrum NRW sowie am Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP).

In den Jahren 2000 bis 2003 war er wissenschaftlicher Assistent für Internationale Politik an der Universität der Bundeswehr in Hamburg. Von 2003 bis 2009 war Johannes Varwick Juniorprofessor für Politikwissenschaft mit den Schwerpunkten *Europäische Integration* und *Internationale Organisationen* an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Von 2009 bis 2013 war er Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Erlangen-Nürnberg.

Wiermann

Trat 1976 in die Bundeswehr ein und wurde zum Instandsetzungsoffizier ausgebildet. An der Hochschule der Bundeswehr in Hamburg studierte er Elektro- und Nachrichtentechnik. Von 1988 bis 1990 durchlief er die Ausbildung zum Generalstabsoffizier. 1990 wurde er G4 der 1. Panzerdivision in Hannover.

Nach Referentenverwendungen im Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) und Auswärtigen Amt wurde Wiermann 1997 Kommandeur im Instandsetzungsbataillon 410 in Beelitz, woran sich erneut Referententätigkeiten anschlossen. 2002 wurde er Adjutant des damaligen Generalinspektors Wolfgang Schneiderhan. 2004 wechselte er in die Stabsabteilung Militärpolitik im BMVg, zuletzt als 1. stellvertretender Leiter.

Seit Januar 2013 kommandiert er das Kommando Territoriale Aufgaben der Bundeswehr.

Janusz Reiter (* 6. August 1952 in Kościerzyna)

ist ein polnischer Diplomat, Germanist und Publizist kaschubischer Herkunft. Reiter war 1990–1995 als Botschafter Polens in Deutschland und 2005–2007 als Botschafter in den USA tätig.

Nach dem Abitur studierte Reiter in den 1970er Jahren in Warschau Germanistik. Sein Studium schloss er mit einer Magisterarbeit über Hermann Hesse ab. 1977 begann er als Redakteur für die polnische Tageszeitung *Życie Warszawy* zu arbeiten. Nach der Verhängung des Kriegsrechts in Polen 1981 durch General Wojciech Jaruzelski veröffentlichte Reiter unter Pseudonymen politische Artikel und beteiligte sich an der Arbeit diverser politischer Oppositionsgruppen. Bei dieser Tätigkeit lernte er den späteren Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki kennen, der ihn nach seiner Amtsübernahme 1989 zum Botschafter Polens in Deutschland ernannte. Als Botschafter war er in Bonn von 1990 bis 1995 tätig. 1996 gründete er das Zentrum für Internationale Beziehungen in Warschau und ist als Kommentator für die Tageszeitung *Rzeczpospolita* tätig.

Am 3. Oktober 2005 wurde er als Botschafter Polens in den USA vereidigt. Ende Oktober 2007 schied er aus diesem Amt. Zurzeit berät er die polnische Regierung als Klimabotschafter. Zudem ist er Mitglied des Aufsichtsrates im Energiekonzern Vattenfall.

Herdegen

Herdegen vertrat mehrfach die Bundesrepublik Deutschland vor dem Europäischen Gerichtshof und die Bundesregierung vor dem Bundesverfassungsgericht.

Seine Fachgebiete sind:

- deutsches und ausländisches Staatsrecht
- Europarecht
- internationales Wirtschaftsrecht
- Völkerrecht
- Rechtsfragen der Technikfolgenabschätzung, insbesondere zu Kernenergie, Biotechnologie und Gentechnik.

Herdegen ist zusammen mit dem ehemaligen Bundespräsidenten und Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Roman Herzog geschäftsführender Herausgeber und Mitautor des als Standardwerk geltenden Kommentars zum Grundgesetz Maunz/Dürig.

Seit September 2012 gehört Herdegen dem 6. Beirat der Bundesakademie für Sicherheitspolitik an.

In der Folge passte Herdegen seinen Kommentar 2005 an. Herdegen schreibt nun, dass sich der Menschenwürdeanspruch erst aus einer wertenden Gesamtbetrachtung ergebe. Ansonsten müsse der Schutz auf Verfolgungen aus rassistisch-ethnischen Gründen begrenzt werden – „oder aber das strikte Verbot jedes würderelevanten Eingriffs erstickt die Handlungsfähigkeit staatlicher Organe“. Neue Ausführungen macht er darin insbesondere zur so genannten „Rettungsfolter“, für die er „keine befriedigende Lösung“ sieht. Andererseits ließe „eine Relativierung des Folterverbots [...] von einem völlig abwägungsfreien ‚Würdekern‘ wenig übrig“. Notfalls müsse der Schutz hochrangiger Rechtsgüter bei den Rechtsfolgen berücksichtigt werden.

Das Bundesverfassungsgericht hatte sich gleichwohl dieser Ansicht in seiner Entscheidung zur Verfassungsmäßigkeit des umstrittenen Luftsicherheitsgesetzes nicht angeschlossen und folgt im Ergebnis Dürigs Auffassung, dass die Menschenwürde jedenfalls eine Degradierung des Menschen zum Objekt nicht erlaube. Das sei aber gegeben, wenn die Menschen im Falle der Flugzeugattacke zu Rechengrößen werden und der Abschuss des Flugzeuges von Saldos abhinge. Herdegen überarbeitete seinen Text im März 2006 erneut und stellt zum Urteil des BVerfG fest: „Dieses plakative Verdikt liefert nur eine karge Begründung für die Verletzung des personalen Achtungsanspruchs und bedarf vor einer Verallgemeinerung der Nuancierung.“

Hellmich

Bei der Bundestagswahl am 22. September 2013 kandidierte Hellmich im Kreis Soest erneut. Er zog über die Landesliste der SPD Nordrhein-Westfalen (Listenplatz 13) erneut in den Deutschen Bundestag ein. In der 18. Legislaturperiode ist Wolfgang Hellmich Ordentliches Mitglied im Verteidigungsausschuss^[1] sowie im Ausschuss für Tourismus. Im Ausschuss für Gesundheit ist er stellvertretendes Mitglied. Wolfgang Hellmich ist stellvertretender Sprecher der Arbeitsgruppe Sicherheit und Verteidigung der SPD-Bundestagsfraktion. Darüber hinaus ist Hellmich Mitglied des Unterausschusses Abrüstung, Rüstungskontrolle und

Nichtverbreitung sowie der Parlamentarische Versammlung der NATO (kurz: NATO PV). Er ist stellvertretendes Mitglied der Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP).

Wen stellen die Automobilkonzerne ein und wozu?

Die deutschen Automobilkapitalisten überschlagen sich geradezu. 8000 neue Stellen sollen weltweit bei BMW geschaffen werden. VW habe im letzten Jahr 16.000 neue Stellen geschaffen. Usw. usf. Ist die Konjunkturwelt des deutschen Kapitalismus also in Ordnung? „Paßt schon alles“, wie Kollegen bei Audi Ingolstadt den Verteilern von „Klassenkampf statt Weltkrieg“ sagten?

Natürlich kein Wort davon, daß in den deutschen Konzernen nach wie vor „Investitionen und Forschung“ stagnieren (FAZ, 26.2.15). Kein Wort davon, daß die Anlageinvestitionen in Europa seit 2008 um 17% gesunken sind. Kein Wort davon, daß nach kurzer Euphorie Ende 2014 der deutsche Export in die verarmten europäischen „Partnerländer“ bereits wieder zurückgeht (FAZ, 10.3.15). Kein Wort davon, daß in der europäischen Stahlindustrie rund 180.000 Arbeitsplätze gestrichen werden sollen (Handelsblatt, 1.10.14) – also mehr als das Zwanzigfache dessen, was BMW so großkotzig als „Stellenaufbau“ ankündigt. Kein Wort davon, daß nach wie vor unter den 10 bundesdeutschen Firmen mit den meisten Einstellungen 8 Leiharbeitsfirmen, also Sklavenarbeitsfirmen sind. Kurz: Kein Wort davon, daß die Krise und ihre depressive Phase weitergeht.

Und man muß noch genauer hinschauen.

Es stellt sich heraus, daß von den angekündigten 8000 Stellen bei BMW gerade mal 1200 Neueinstellungen sind. Der Rest sind Umsetzungen. Entsteht da ein Teil von „Wanderarbeitern“ im Konzern? Unklar ist, wie viele der 1200 neuen Stellen Werksvertragsstellen sind, wieviel wieder Leiharbeiter etc. Das sind Fragen, die in unseren Betriebszeitungen gestellt werden müssen. Denn der Arbeiter muß lernen, sie sich selbst zu beantworten, der Antwort hinterherzusein, den Finger auf jeden Posten zu legen, Kontrolle auszuüben, nichts mehr den gekauften bzw. zum Frieden verpflichteten Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären zu überlassen.

Weiter stellt sich heraus: Der Großteil der Neueinstellungen z.B. bei BMW geht ins neue Forschungszentrum. Und was wird da von werktätigen Intellektuellen betrieben? Kriegsforschung, denn nichts anderes ist – siehe oben – die Entwicklung etwa der Absurdität des selbstfahren Autos. Auf den Markt wird es nicht kommen, wohl aber in der einen oder anderen Form auf die Schlachtfelder.

Zentralkomitee

8.3.15